

Vortrag in der Gedenkstätte Zellentrakt über den Hausrat aus Herford deportierter Juden

# „Es verbleiben 50 Kilo Gepäck“

Von Niklas Gohrbandt

**HERFORD (HK).** Die Deportation und Ermordung jüdischer Herforder während der NS-Zeit ist gut erforscht und allgemein bekannt. Was aber geschah mit dem Hausrat der Verschleppten? Seine Erkenntnisse dazu hat Thomas M. Dann in der Gedenkstätte Zellentrakt vorgetragen.

1941 veröffentlichte das Reichsfinanzministerium eine Anweisung, in der es hieß: „Es verbleiben den Juden 100 Reichsmark und 50 Kilogramm Gepäck pro Person“. Die Mitnahme von Wohnungseinrichtungen und Hausrat war offenbar nicht vorgesehen.

Thomas M. Dann wies eingangs darauf hin, dass nicht erst die Deportation, sondern schon der aufgezwungene Einzug in sogenannte „Judenhäuser“ davor zu einer enormen Verkleinerung der jüdischen Haushalte führte, da die Opfer in diesen Häusern regelrecht zusammengepfercht wurden.

Ob Zwangsumzug oder Deportation: Die Prozesse in Herford liefen meist ähnlich ab, fuhr Dann fort. Die jüdischen Herforder erhielten einige Tage vor dem „Auszugstermin“ ein Schreiben, in dem sie aufgefordert wurden, eine Vermögenserklärung vorzubereiten. Die Herforder Polizei versiegelte die Wohnungen zunächst, während das Finanzamt sich um die Wohnungsausstattung kümmerte. Dafür seien in Herford der Steuerinspektor Siegfried Meyer, der Betriebsas-

sistent Paul Krüger und der Obergerichtsvollzieher Emil Schmidt unter der Zuständigkeit von Regierungsrat Herbert Kreilbohm verantwortlich gewesen.

Dann hob weiterführend hervor, dass sich das Kreis- und Stadtkrankenhaus, sowie die NS-Volkswohlfahrt und die Wehrmacht in den mittlerweile unbewohnten Wohnungen bedienen durften, nachdem das Finanzamt selbst das Mobiliar nach Nützlichem durchsucht hatte. Später habe es dann das

geraubte Mobiliar über den Versteigerer Robert Formel verkaufen lassen.

Die Wiedergutmachungsprozesse nach dem Krieg hätten sich über Jahrzehnte gezogen, so Dann, da die Stadt Herford und das Finanzamt jeweils die Verantwortung von sich wiesen. Er kam zu dem Schluss, dass das Finanzamt jedoch als Hauptverantwortlicher zu nennen sei.

Es „musste davon ausgegangen werden, dass die jüdische Bevölkerung einer zweifelhaften Zukunft entgegen ging, zumal sie nichts an persönlichen Gegenständen mitnehmen durfte“, schlussfolgerte Dann schließlich über die neuen „Besitzer“ der Möbel. Sie nutzten die „Verwertung“ der Leben ihrer ehemaligen Nachbarn dies wissend aus, um in Mangel- und Kriegszeit das ein oder andere „Schnäppchen“ zu ergattern. Daraus Ergebnisse sollen im nächsten historischen Jahrbuch für den Kreis Herford erscheinen.



Thomas M. Dann referierte auf Einladung von Gisela Küster (Vorsitzende des Kuratoriums *Erinnern, Erforschen, Gedenken*) über die Verwertung des Hausrats von jüdischen Herfordern. Foto: Niklas Gohrbandt